54. Jahrgang. № 301. Sonnabend, 30. Oktober 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Rollschuhe B. A. Müller Kgl. Sächs. Hoflieferant 32/34 PRAGER STRASSE 32/34. Paar von Mark 2.25 an, mit 4 und 2 Rollen, unerreichte Auswahl. Rollschuh-Spezial-Preisliste kostenfrei.

TELEPHON 1771 CLICHÉS JEDER ART WERNER & ZILLER DRESDEN-A. Reissigerstr. 52 für Cataloge Inserate Photo-Lithographie Zeichnungen

Für schwache Kinder knochenbildende, wohlschmeckende „Emulsion" von Heinr. Meyers Medic.-Lebertran **„mit der Plombe"** mit phosphorsauren Nährsalzen. Ärztlich empfohlen und bewährt bei Infektionskr., Engl. Krankheit, Katarrhen der Luftwege, Schwächezuständen. In plomb. Fl. à 2 M. m. Anweis. Versand n. auswärts. **Löwen-Apotheke. Dresden. Altmarkt.**

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant • Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, neblig, sonst ziemlich heiter.

Hier tagte gestern in Anwesenheit des Prinzen Johann Georg der sächsische Landesausschuß des Deutschen Flottenvereins.

Der Minister des Innern Graf Vitzthum von Eckstädt hielt bei dem gestrigen Festmahl der Priv. Bogenschützen-Gesellschaft eine bemerkenswerte Rede über die Veredelung der Vogelwiese.

Offiziös verlautet, daß der neue Strafgesetzentwurf erst nach den Neuwahlen 1911 an den Reichstag gelangen werde.

Korvettenkapitän Engelhardt, der Schüler Wrights, flog gestern mit seinem Zweidecker 1 Std. 6 Min. 30 Sek.

Der Arbeiter Pelz wurde vom Leipziger Schwurgericht wegen des Großsteinberger Lustmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

21 Personen des Moskauer Intendanturdepots wurden in Anklagezustand versetzt, Oberst Giers verhaftet.

Ein griechischer Marineoffizier besetzte mit einem Torpedoboot und 300 Mann das Arsenal von Salamis.

Als Nachfolger Harrimans wurde Lovett zum Präsidenten der Southern Pacific-Eisenbahn gewählt.

Nordamerikanische Katholiken haben den Papst gebeten, Christoph Columbus zu kanonisieren.

An der Schutzzollpolitik halten wir fest!

So erklärte der nationalliberale Dr. Hieber in Marbach auf der Tagung seiner württembergischen Parteifreunde in einer Rede, in der er die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den linksliberalen Gruppen erörterte. Der gemäßigte liberale Parteiführer und Abgeordnete fügte noch hinzu, daß die Schutzzollpolitik, und zwar insbesondere der angemessene Schutz der Landwirtschaft, einen wesentlichen Bestandteil der nationalliberalen Politik bilde. Dieses, von aller unklaren Verklausulierung freie Zugeständnis ist im Interesse der Wiederannäherung zwischen rechts und links mit besonderer Freude zu begrüßen. Die Gefahr einer weiteren unheilvollen Verbreiterung des Risses, der im Zusammenhange mit der Sprengung des Blocks im Reiche zwischen der rechten und der linken Seite eingetreten ist, wurde nicht zum wenigsten durch die Aussicht verschärft, daß das Ueberwuchern radikaler Anschauungen und Bestrebungen auf gemäßigt liberaler Seite die nationalliberale Partei in einen Kurs hineintreiben könnte, bei dessen Befolgung das Parteischiff aus dem sicheren Hafen unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik hinaus auf das uferlose Meer freihändlerischer Tendenzen getrieben worden wäre. Eine solche Wendung wäre um so verhängnisvoller gewesen, weil in den jetzigen kritischen Zeitläuften, wo die Vereinigten Staaten ihre chinesische Zollmauer noch weiter verstärkt haben und sogar England, bisher die Hochburg des „reinen" Freihandels, sich zu dem großen inneren Entscheidungskampfe um die Tarifreform anschickt, jede Erschütterung der festen schutzzöllnerischen Grundlage unserer ausländischen Handelsbeziehungen geradezu ein nationales Unglück wäre.

Das energische Bekenntnis Dr. Hiebers zur Schutzzollpolitik, das ausdrücklich nicht als persönliche Auffassung, sondern als gemeinsamer nationalliberaler Parteistandpunkt gekennzeichnet worden ist, kommt um so mehr zur rechten Zeit, als die linksliberale Presse neuerdings lebhaft an der Arbeit ist, ihre freihändlerischen Neigungen und Grundsätze angesichts der im Reichstage bevorstehenden handelspolitischen Beratungen, insbesondere mit Bezug auf die Erneuerung des kommerziellen Verhältnisses zur nordamerikanischen Union, zur Geltung zu bringen. Die Sachlage gegenüber den Vereinigten Staaten ist so, daß der neue amerikanische Tarif sich durchschnittlich auf 46 Prozent Wertzoll gegenüber 43 Prozent des bisherigen Dingleytarifs stellt, ganz abgesehen von den auch noch in Rechnung zu stellenden chikanösen zolltechnischen Erschwerungen, die mit der Erhöhung der Tarifsätze Hand in Hand gehen. Die Regierung zu Washington verlangt nun von uns, daß wir, um uns der „Wohltaten" dieses rigorosen „Mindesttarifs" teilhaftig zu machen und die noch viel weiter hinaufgeschraubten „Strafsätze" des Höchsttarifs zu vermeiden, den Amerikanern die volle Meistbegünstigung gewähren, die sie bis jetzt noch nicht genießen. Wir befinden uns also Amerika gegenüber zurzeit in einem handelspolitischen Verhältnis, das auf jeden Fall auf deutscher Seite die zielbewußte Zusammenfassung aller nationalen Kräfte verlangt, damit die Amerikaner erkennen, daß wir in dieser wichtigen wirtschaftspolitischen Frage geschlossen auftreten und nicht gewillt sind, uns einfach auf Gnade und Ungnade den amerikanischen Forderungen auszuliefern. Diesen so höchst notwendigen Eindruck einer vollkommenen nationalen Einheitlichkeit stört nun nach ihrer üblen Gewohnheit die linksliberale freihändlerische Presse dadurch, daß sie sich als Anwalt der amerikanischen Interessen aufspielt und insbesondere einer rücksichtslosen Vernachlässigung der deutschen landwirtschaftlichen Bedürfnisse das Wort redet. Die amerikanischen Trusts haben die Washingtoner Regierung zu einem erneuten Vorstoße nach der Richtung gedrängt, den Fleischwaren der Union bei der Einfuhr nach Deutschland erleichterte Bedingungen zu erkämpfen. Es ist bekannt, daß die Einfuhr der genannten Waren bei uns infolge ihres mangelhaften, für die Gesundheit vielfach sehr schädlichen Zustandes teils verboten, teils erschwert worden ist. Das ist seinerzeit keineswegs bloß aus Rücksicht auf die Interessen der deutschen Landwirtschaft geschehen, sondern hat ebenso gut in dem notwendigen Schutze unserer Volksgesundheit seinen Grund gehabt. Demgegenüber weiß die linksliberale Presse jetzt nichts Besseres zu tun, als die gesundheitliche Frage einfach ganz zu ignorieren und die Nachgiebigkeit gegen das amerikanische Verlangen mit der ohne Beweis gelassenen Behauptung zu befürworten, es sei „ausgeschlossen", daß die Vereinigten Staaten uns mit diesen Waren abermals, wie früher, überschwemmen würden. Dahinter kommt dann gleich der Pferdefuß zum Vorschein durch den Hinweis, daß es in der Hand der deutschen Regierung liege, sich von den „Bündlern" nicht „einschüchtern" zu lassen.

Also auch hier tritt wieder die alte Erfahrung in ihr Recht: sobald die waschechten Linksliberalen irgendeine Gelegenheit erspähen, ihre völlige Verständnislosigkeit gegenüber einem noch so wohlbegründeten landwirtschaftlichen Interessenschutze zu bekunden, greifen sie mit Freuden danach und vergessen darüber alle höheren nationalen Rücksichten. Demgegenüber kann das Hieberische Eintreten zugunsten der unveränderten Aufrechterhaltung unserer Schutzzollpolitik nur dazu beitragen, die Situation im wünschenswerten Sinne zu klären und unserer Regierung bei den Verhandlungen mit der Union den Rücken zu decken. Auch in industriellen Kreisen, die dem Nationalliberalismus nahestehen, gelangt die gleiche Auffassung zum Ausdruck. So betont die „Deutsche Industriezeitung", die im übrigen die Gewährung der Meistbegünstigung an die Vereinigten Staaten unter den obwaltenden Verhältnissen als das Zweckmäßigste empfehlen zu müssen glaubt, daß es nicht gerechtfertigt sein würde, wenn Präsident Taft von Deutschland auch noch die Aufhebung aller veterinär- und sanitätspolizeilichen Einfuhrbeschränkungen gegenüber amerikanischen Fleischwaren und lebendem Vieh verlangen wollte. Eine solche Forderung ist undiskutabel, solange die amerikanische Regierung nicht selbst für eine genügende gesundheitspolizeiliche Kontrolle ihrer heimischen Viehzucht Sorge trägt. Die deutsche Landwirtschaft ist daher völlig im Rechte, wenn sie in diesem Punkte auf ihrem Schein besteht und für die Ablehnung des Washingtoner Ansinnens eintritt.

Der Fehler der linksliberalen Auffassung wurzelt in ihrer Geringschätzung des inneren Marktes und in der Unfähigkeit, die Bedeutung der Landwirtschaft in diesem Zusammenhange richtig zu würdigen. Bei der notorischen Voreingenommenheit unseres freihändlerischen Radikalismus ist es von Wert, festzustellen, wie zweifellos unparteiische und nüchterne Beobachter unserer nationalen Verhältnisse über den Wert des inneren Marktes und die geflissentliche, einseitige Ueberschätzung der Exportpolitik durch die freihändlerischen Kreise denken. Es sei hier nur auf das Zeugnis des britischen Generalkonsuls in Berlin hingewiesen, der in seinem letzten Jahresbericht u. a. bemerkt: „Die deutsche Industrie war 1908 genötigt, noch mehr als bisher ihren Schwerpunkt auf dem heimischen Markte zu suchen. Letzterem wurde damit eine schwere Belastungsprobe zugemutet, aber er hat sie durchaus bestanden. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der deutsche Wirtschaftsmarkt im Jahre 1908 an der größeren Kaufkraft der deutschen Landwirte eine seiner hauptsächlichsten Stützen hatte." Wo bleibt da das hohle freihändlerische Schlagwort von der „Auspowerung der deutschen Volkswirtschaft durch die agrarische Schutzzollpolitik"? Wenn die Nationalliberalen sich mit den Konservativen auch ferner in einer nachdrücklichen Vertretung der bewährten Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik zusammenfinden, so ist damit ein Berührungspunkt gegeben, von dem aus die Einleitung einer allgemeinen wirtschaftlichen Sammelpolitik möglich erscheint, die in der konsequenten Vertretung der gemeinsamen Interessen von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gipfelt. In je höherem Maße die wirtschaftliche Annäherung verwirklicht wird, desto mehr werden auch die politischen Reibungen zwischen rechts und links verschwinden und einem harmonischen Verhältnis der beiden Richtungen Platz machen, wie es im nationalen Interesse nicht bloß wünschenswert erscheint, sondern notwendig ist.

Germania-Fahrräder Seidel & Naumann, DRESDEN-A., Sirvesstrasse 9.

Neueste Drahtmeldungen

vom 29. Oktober

Aus Oesterreich.

Wien. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhaus kam es zu großen Lärmszenen. Die tschechisch-radikalen Abgeordneten wandten sich in heftigen Zurufen gegen den Präsidenten Dr. Pattai, weil er an der gestrigen Versammlung der deutschen Parteiführer in der Wohnung des Bürgermeisters Dr. Lueger im Rathaus teilgenommen hat. Ministerpräsident Bienerth und der Minister des Innern Härdtl wurden bei ihrem Eintritt in den Saal aus demselben Grunde mit stürmischen Abzugsrufen empfangen.

Wien. Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Abg. Dr. Renner wandte sich in seiner Rede gegen die jeder konstitutionellen Gepflogenheit widersprechende Teilnahme des Präsidenten des Hauses an der gestrigen Beratung der Parteien. Die dringendste Aufgabe des Parlaments, erklärte der Redner sodann, sei, der Lebensmittelteuerung abzuhelfen. Präsident Dr. Patten erwiderte, er beobachte als Präsident peinlichste Unparteilichkeit. Man könne aber nicht von ihm verlangen, daß er ein parteiloses Individuum werde.

Wien. (Priv.-Tel.) Die Ankunft des österreichischen Thronfolgers mit seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, in Berlin zum Besuche des Deutschen Kaisers soll am 11. November erfolgen. Am 12. und 13. November findet große Hofjagd in Letzlingen statt. Am 14. November wird die Rückkehr nach Wien erfolgen.

Wien. (Priv.-Tel.) Der seit Jahresfrist schwebende Preßprozeß Leopold Wöllflings, des früheren österreichischen Erzherzogs, gegen den Redakteur Ackert wegen schwer beleidigender Preßangriffe gelangt definitiv am 17. November vor dem Schwurgericht Zürich zur Verhandlung. Die Vernehmung einer Reihe von österreichischen Zeugen wurde von dem dortigen Gericht abgelehnt, weil es sich um Erhebungen gegen ein ehemaliges Mitglied des Kaiserhauses handelt, dagegen wurden Frau Adamowitsch und der Schriftsteller Schmal, der Verfasser der Memoiren der Adamowitsch, vernommen.

Prag. (Priv.-Tel.) Professor Wahrmund teilte in seiner heutigen Vorlesung den Hörern mit, er trete einen vierzehntägigen Urlaub wegen Nervenüberreizung an. Der Konflikt mit den Professoren sei aber nicht die Ursache.

Zur Krisis in Griechenland.

Athen. Die Militärliga veröffentlicht ein Communiqué, worin es heißt: Ein Mitglied der Liga, Kapitän Tupaldos, hat unter Verletzung seines Eides von der Liga verlangt, bei der Regierung durchzusetzen, daß sie der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend eine Reinigung der Marineverwaltung vorlege. Kapitän Tupaldos hat kategorisch erklärt, daß er selbst zum Marineminister ernannt werden wolle, um die Verbesserung der Marine energischer und wirksamer zu betreiben, und er habe gedroht, daß, wenn seiner Forderung nicht binnen 24 Stunden entsprochen werde, er mit ihm zur Verfügung stehenden Torpedobooten mit Gewalt seinen Willen durchsetzen werde. Die Militärliga bezeichnet diese Forderungen Tupaldos' als Narrheit und hat einmütig beschlossen, Tupaldos aus ihren Listen zu streichen und ihn wegen Hochverrats vor ein Kriegsgericht zu bringen.

Luftschiffahrt.

Potsdam. Korvettenkapitän Engelhardt, der Schüler Wrights, führte heute über dem Bornstetter Felde mit seinem Zweidecker einen Flug von 1 St. 6 Min. 30 Sek. aus.

Köln. (Priv.-Tel.) Heute abend sollen die Ballons von der Bauweise Zeppelin, Groß und Parseval zu einer Dauerfahrt aufsteigen. Die drei Luftschiffe haben den Auftrag, solange als möglich in der Luft zu bleiben.

Heiligsprechung von Christoph Columbus.

London. (Priv.-Tel.) Wie „Daily Chronicle" aus Mailand erfährt, wurde dem Papst eine Petition nordamerikanischer Katholiken überreicht, die eine Viertelmillion Unterschriften trägt. Es wird darin gebeten, Christoph Columbus zu kanonisieren. Der Papst lobte den Eifer der Gläubigen und sagte, er sei überzeugt, es würde eine Zeit kommen, in der ihr Wunsch erfüllt werden würde.

SLUB Wir führen Wissen.